

„Weder Krieg noch Frieden“

Vortrag von Dr.phil. **Kurt O. Wyss**, a. Botschafter, zum israelisch-palästinensischen Endloskonflikt

Volkshochschule Oberes Freiamt
Bezirksschule Bachmatten
Talstrasse, Muri AG

Donnerstag, 30. Oktober 2014, 19.15 – 21.30 Uhr

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Einladung der Herren Kuchler und Gisler, zu Ihnen auf der Basis meines im Mai 2013 erschienen Buches „Wir haben nur dieses Land“ sprechen zu dürfen, bin ich gerne gefolgt. Ich kam dem Wunsch der Leitung der Volkshochschule Oberes Freiamt umso eher nach, als die Realität in Israel/Palästina auch in unserem Land immer noch durch einen dichten Schleier aus Desinformation und Manipulation verdeckt wird.

Ich werde zweimal 45 Minuten zu Ihnen sprechen. Das ist keine leichte Aufgabe, weder für Sie noch für mich. Ich nehme deshalb den Schottenrock, den Kilt, zum Leitmotiv: nicht allzu lang, um interessant zu bleiben, nicht allzu kurz, um den Gegenstand genügend abzudecken. Kurz noch etwas zum Titel des heutigen Vortrags: „Weder Krieg noch Frieden“ kann leicht irreführend sein, denn Israel greift wohl in regelmässigen Abständen zum Mittel des Krieges, wie wir später sehen werden.

Vom Diplomaten heisst es etwa, er sei ein Mensch, der zweimal denkt, bevor er nichts sagt. Andere wiederum behaupten, Diplomatie heisse, die hässlichsten Dinge auf netteste Art zu tun und zu sagen. Ich erinnere mich an einen eingerahmten Spruch zur Definition des Diplomaten im Büro des für die Schweiz zuständigen Generaldirektors im türkischen Aussenministerium im Jahr 2001: *„A diplomat is a person who can tell you to go to hell in such a way that you actually look forward to the trip“*.

Nun, in meinem Buch lege ich die diplomatische Vorsicht ab und spreche Klartext. Das kann ich mir nach dem altersmässig bedingten Ausscheiden aus dem EDA erlauben. Der Buchtitel „Wir haben nur dieses Land“ geht auf die Äusserung des palästinensischen Schriftstellers

Emile Habibi zurück. Mit diesem Satz beendete er seine Rede, als er 1992 in Jerusalem als erster israelischer Araber mit dem angesehenen israelischen Literaturpreis ausgezeichnet wurde. Das war eine bewusste Anspielung auf den viel zitierten jüdischen Anspruch auf ebendieses Land. An diesem Ausspruch lassen sich die Flüchtlingsproblematik sowie das Trauma des Heimatverlustes, mit denen das arabische Volk der Palästinenser tagtäglich konfrontiert wird, exemplarisch verdeutlichen. Das Buch, versehen mit einem Vorwort des bekannten Nahostkenners Arnold Hottinger, stellt die in unseren Breitengraden noch immer dominierende israelische Sichtweise in Frage.

Zu Ihnen spricht indessen nicht etwa ein Israel-Feind oder Antisemit. Wie so viele war auch ich anfänglich der Faszination des Volkes der Bibel erlegen. Israel ist - dank gewaltiger Unterstützung aus dem Ausland (USA!) - eine Erfolgsgeschichte par excellence (Errungenschaften auf den Gebieten der Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur wie auch im Rüstungssektor etc.). Hier ist aber nicht von Israels grossartigem Potenzial die Rede, sondern von seinen zerstörerischen Fähigkeiten den Palästinensern gegenüber.

All das, was zwischen Israel und den Palästinensern geschieht, geht nicht nur die Israelis und die Palästinenser sowie den arabisch-muslimischen Raum an. Dieser Konflikt löst weltweite Emotionen aus, er ist eben Weltpolitik, worin er sich von anderen regionalen Brennpunkten unterscheidet, auch wenn diese viel blutiger verlaufen mögen. Die israelischen, aber auch die palästinensischen Entscheidungsträger sind weltbekannte Figuren, die in keinem Verhältnis zur Kleinheit der von ihnen vertretenen Staatsgebilde und Einwohner stehen. Kein amerikanischer Präsident als Vertreter der Supermacht kann es sich leisten, sich nicht mit dem Nahostkonflikt zu befassen. Stellungnahmen zur israelisch-palästinensischen Auseinandersetzung gehören deshalb seit vielen Jahren zum Standardrepertoire der internationalen Diplomatie.

Wie vor angekündigt, werde ich mich unter anderem zu folgenden Aspekten äussern:

- Die Wurzeln des Nahostkonflikts
- Die israelische Erfolgsgeschichte und die palästinensische Katastrophe
- Die langwierige Friedenssuche
- Das Verhältnis Schweiz – Israel

Die Wurzeln des Nahostkonflikts

Jedes Volk hat seine Gründungsmythen. Im Fall Israels haben diese direkte Auswirkungen auf seine gegenwärtigen territorialen Machtansprüche. Die Bibel – mit den Hinweisen auf das „von Gott verheissene Land“ – und die Erinnerung an das «*Exil des jüdischen Volkes*» sind die zionistische Rechtfertigung für die später erfolgten Eroberungen.

Die «biblische» Sicht der Israeliten hat bis heute die Geschichte Palästinas weitgehend geprägt. Obschon ein undurchdringliches Gewirr von Fakten und Legenden die Anfänge des jüdischen Volkes kennzeichnet, ist es unbestritten, dass Palästina das territoriale Zentrum der wechselvollen Geschichte des Judentums war und bis heute geblieben ist. Ebenso klar ist es umgekehrt, dass über lange Perioden hinweg kaum noch Juden in dem Lande lebten, das hauptsächlich von den arabischen Palästinensern bevölkert war und ist.

Beidseits wird darum gestritten, wer das Land zuerst besiedelt hat, man bemüht die Archäologie, Karten werden gezeichnet, und oft wird mit Ortsnamen argumentiert. Das Ringen um Palästina bzw. Israel wurde auch schon als «*Territorialisierung von Geschichte*» bezeichnet, mit der politische Ansprüche historisch und geographisch untermauert werden, und Bibelwissenschaftler sprechen von regelrechter «*Geotheologie*».

Der seit den Zeiten des alten Rom in einem Grossteil der Welt grassierende religiöse Antijudaismus, der über Judenverfolgungen sowie Pogrome vor allem in Osteuropa direkt zu Hitlers verbrecherischer «Politik» einer «Endlösung der Judenfrage» führte, verlieh dem staatenlosen Judentum das unbestreitbare und unbedingte politische Recht, sich und seine Nachkommen durch die Gründung eines eigenen Staates vor weiteren Verfolgungen zu schützen.

Mit dem ersten Zionistischen Weltkongress von 1897 in Basel entstand der Zionismus, der sich die Verwirklichung dieses Gedankens zur Aufgabe machte. Der österreichisch-ungarische Jude Theodor Herzl gilt mit seiner Schrift «*Der Judenstaat*» als Vordenker der zionistischen Bewegung. Er wollte die prekäre Lage der zerstreut lebenden europäischen Juden als Folge eines grassierenden Antisemitismus aufheben und einen säkularen, politisch-souveränen Staat ausserhalb Europas schaffen. Während die zionistische Ideologie, basierend auf der Negation der Diaspora, die traditionell-religiöse Lebensart der Thoraschulen ablehnte, bekämpfte die religiöse Orthodoxie ihrerseits von Beginn weg dezidiert und in aller Schärfe das zionistisch-säkulare Streben nach einem jüdischen Staat. Für die Orthodoxen galt das Axiom, die Erlösung sei durch Gott, nicht durch den Menschen herbeizuführen. Da sind die innerisraelischen Konfliktherde vorgezeichnet.

Dem Verhältnis zu der bereits vor Ort befindlichen palästinensischen Bevölkerung kam eine zentrale Bedeutung zu. Diesbezüglich gab es innerhalb der zionistischen Bewegung von Anfang an verschiedene Richtungen. Warnende Stimmen, wie Georg Landauer (1895–1954), sahen im Zionismus die Erfüllung der grossen humanistischen Gebote des Judentums und der aufgeklärten Menschheit. Sie drängten auf eine Verständigung mit den Arabern und fanden die Vorstellung unerträglich, ein nationales Heim auf den Trümmern einer andern Nation zu errichten, weil dies den Keim für einen gefährlichen Dauerkonflikt bilden könnte.

Diese Sicht der Dinge stand in krassem Widerspruch zu den sogenannten *Revisionisten* unter ihrem Gründervater Zeev Vladimir Jabotinsky (1880–1940). Dieser militante Zweig hielt nämlich einen Ausgleich mit den Arabern generell für unmöglich. Jabotinsky hat wohl die treffendsten Voraussagen über den zu erwartenden Widerstand der Araber gemacht. Er wusste, dass das Recht der Juden auf Rückkehr in ihre angestammte Heimat nicht ohne Zusammenprall mit dem Recht der dort lebenden und das Land ebenfalls als ihre Heimat betrachtenden Bewohner zu bewerkstelligen sein würde. Jabotinskys Thesen wurden 1923 in zwei Aufsätzen («*On the Iron Wall – We and the Arabs*», «*The Morality of the Iron Wall*») veröffentlicht. Der darin enthaltene Grundgedanke besagt, dass die jüdische Besiedlung nur erfolgreich sein kann, wenn sie wie von einer eisernen Mauer geschützt wird, welche die einheimische Bevölkerung nicht niederzureissen imstande wäre. Dieser Mauer werde aber schliesslich die friedliche Koexistenz von Juden und Arabern in Palästina zu verdanken sein. Wie der Verlauf der Geschichte zeigt, haben sich praktisch alle späteren zionistischen Exponenten den Grundgedanken von Jabotinsky über die uneinnehmbare «eiserne Mauer» explizit oder implizit zu eigen gemacht.

Die gut vernetzte zionistische Bewegung konnte von Anfang an von der projüdischen Neigung verschiedener westeuropäischer Staaten profitieren. Der Zionismus war denn auch eng mit dem europäischen Kolonialismus verbunden. Lord Balfour, welcher der zionistischen Bewegung 1917 im Namen der englischen Kolonialmacht eine jüdische Heimstätte in Palästina versprach und auch die Buren in Südafrika unterstützte, beschrieb den Kolonialismus in der damals üblichen Terminologie als Ausdruck der «gereiften Rechte und Privilegien» der weissen europäischen «Rassen». Der Zionismus war somit ein typisches Produkt dieser kolonialistischen Ideologie.

Dementsprechend warb Theodor Herzl um die Unterstützung der Kolonialmächte England und Frankreich mit der Erklärung, die zionistische Bewegung in Palästina werde «*ein Stück*

des Schutzwalles gegen Asien formen» und *«ein Vorposten der Zivilisation gegen das Barbarentum»* sein. Kolonialistische Ideologien gingen von der rassistischen Annahme der Überlegenheit der westlichen Zivilisation und des «weissen Mannes» aus. Im vom europäischen Zionismus geprägten Israel hatte diese Haltung auch die Abwertung und Diskriminierung arabischer und afrikanischer Jüdinnen und Juden zur Folge, die nach der Gründung ins Land geholt werden mussten, um einen Ausgleich zu dem im Holocaust weitgehend ausgelöschten europäischen Judentum zu schaffen.

Mit guten Beziehungen jüdischer Politiker zur britischen Mandatsmacht wurde die Einwanderung begünstigt, die in verschiedenen Wellen erfolgte und im Ansturm als Folge des Holocausts kulminierte. Diese Politik sowie der Landerwerb durch den *Jewish National Fund* erfolgten auf Kosten der einheimischen palästinensischen Bevölkerung, die sie als zunehmende Existenzbedrohung empfand. Deshalb kam es bereits 1936–1939 zu einem Aufstand, der von der britischen Mandatsmacht mit jüdischer Unterstützung niedergeschlagen wurde. Gemäss der zionistischen Historikerin Anita Shapira, die mit ihrem Werk *«Land and Power: The Zionist Resort to Force 1881–1948»* die zionistische Eroberungsstrategie bis zum Vorabend der Gründung Israels rechtfertigt, war das Ziel die Schaffung eines jüdischen Staates in *«ganz Palästina»*. Dieser jüdische Staat würde die Araber zumindest politisch *«dirigieren»*, sollte sie jedoch *«idealerweise»* physisch alle vertreiben, *«um die Juden von der Bürde zu befreien, das Leben mit einer anderen Bevölkerung teilen zu müssen»*. Die Araber wurden fast durchwegs mit negativen Metaphern bedacht wie *«Plünderer»*, *«Strassenräuber»*, *«Diebe»*, die *«arbeitsscheu»* seien und die Juden *«terrorisieren»*. Diese Klischees wirken bis in die Gegenwart nach.

Der von der schwärmerischen deutschen Romantik und ihrem Helden-, Toten- und Gräberkult beeinflusste Zionismus stellt eine direkte Verbindung her zwischen dem Boden in Palästina und den Juden: Weil die Vorfahren des jüdischen Volkes aus dieser Gegend stammten und dort begraben waren, können nur die Juden – und sie alleine – einen fundierten Anspruch auf den palästinensischen Boden erheben.

Mit dem «historisch verbrieften Recht» auf ganz Palästina, das notfalls unter Gewaltanwendung durchzusetzen ist, weist der Zionismus nicht nur Ähnlichkeit mit der Heldenepoche der deutschen Romantik auf, sondern er gerät in bedrohliche Nähe zum «Blut- und-Boden»-Mythos unseligen Gedenkens. Die Nationalsozialisten beriefen sich nämlich auf ein ähnliches «historisches Recht», um die «Wiedereroberung von Lebensraum im Osten» zu

rechtfertigen: dieser «Volksboden» sei in uralten Zeiten durch «edles deutsches Blut» fruchtbar gemacht worden, lange bevor er von den Slawen «für einige Jahrhunderte» betreten worden sei. Die minderwertigen slawischen «Eindringlinge», wie etwa die Polen, wurden als «Squatters der Geschichte» bezeichnet, die keine Rechtstitel hatten und denen die Befähigung zur Urbarmachung des Landes abging. Ganz ähnlich wurde auch den Arabern jeder Anspruch auf Palästina abgesprochen, weil sie es nicht verstanden hätten, das Land fruchtbar zu machen.

Für den israelischen Historiker Norman G. Finkelstein könnte die nationalsozialistische Geschichtsauffassung ohne weiteres durch die zionistische ersetzt werden, so sehr gleichen sich die beiden Ideologien in ihren expansiven Zielsetzungen.

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges startete die jüdische Führung in Palästina eine Kampagne, um vorerst die Briten gewaltsam aus dem Land zu vertreiben, weil diese sich den ungehemmten jüdischen Einwanderungswellen zu widersetzen wagten. Gleichzeitig arbeiteten die zionistischen Führungspersönlichkeiten an ihren Plänen, die palästinensische Bevölkerung zu vertreiben, die mit 75 Prozent die Mehrheit im Land stellte. Der spätere Gründervater Israels und erste Ministerpräsident David Ben Gurion wollte mit ähnlichen oder noch höheren Prozentzahlen zugunsten des jüdischen Bevölkerungsanteils eine radikale Trendwende herbeiführen.

Kein Wunder, dass unter diesen Umständen mit arabischem Widerstand gerechnet werden musste. So sagte der gleiche David Ben Gurion schon im Juni 1937 während des arabischen Aufstands ganz offen: *«Wenn ich ein Araber wäre, würde ich noch heftiger, noch bitterer und verzweifelter gegen die Einwanderung rebellieren, die eines Tages Palästina und alle seine arabischen Einwohner unter jüdische Herrschaft stellen wird.»* Mit einer solchen einseitigen Vision der Zukunft Palästinas war der Konflikt mit der einheimischen Bevölkerung und der arabisch-muslimischen Welt vorgezeichnet.

Von Anfang an war somit die gewaltsame Bevölkerungsvertreibung ein Begriff, der tief im zionistischen Denken verankert ist. Über dieses brutale Vorgehen, mit dem Begriff *«Transfer»* euphemistisch umschrieben, wurde allerdings nur im restriktiven Führungskreis, kaum jedoch in der Öffentlichkeit gesprochen. Im gleichen Jahr 1937 äusserte sich Ben Gurion zur Absicht, das Land «entarabisieren» zu wollen, wie folgt: *«Die Araber werden gehen müssen, aber man braucht einen günstigen Moment, um dafür zu sorgen, etwa einen Krieg.»*

Der von David Ben Gurion erhoffte günstige Augenblick für einen Krieg kam 1948, der als heroischer Unabhängigkeitskampf in die zionistische Geschichtsschreibung einging, während die Palästinenser von der „Nakba“, der nationalen Katastrophe sprechen.

Die israelische Erfolgsgeschichte und die palästinensische Katastrophe

Als die britische Schutzmacht ihr Völkerbundsmandat 1947 an die neugegründete UNO abtrat, waren immer noch mehr als 94 Prozent des Bodens in arabisch-palästinensischem Besitz. Gemäss Teilungsbeschluss der UN-Vollversammlung vom 29. November 1947 (Resolution 181) sollte die jüdische Gemeinde, die mit knapp über 600 000 Personen nur eine Minderheit der Bevölkerung ausmachte, 56 Prozent des Territoriums und den Grossteil des fruchtbaren Bodens erhalten, wogegen fast 1,4 Millionen Palästinensern lediglich 42 Prozent des Territoriums zugesprochen worden waren. Die arabischen Staaten lehnten unisono ab, weil ihrer Ansicht nach das oft angerufene Selbstbestimmungsrecht der Völker für sie überhaupt nicht zur Anwendung gekommen war. Das war die völkerrechtliche Geburtsstunde des Staates Israel auf palästinensischem Boden, der *«mit einem lebensgefährlichen Geburtsfehler zur Welt gekommen»* war, wie der Basler Professor Arnold Künzli einmal feststellte.

Die erwartete kategorische Ablehnung des Teilungsplanes durch die arabischen Regierungen und die palästinensische Führung erleichterte es Ben Gurion, den Plan einerseits pro forma gutzuheissen, vor allem, weil er die Anerkennung der Legalität des jüdischen Staates in Palästina enthielt. Andererseits lieferte ihm die kriegerrhetorik der Araber den Vorwand, den UN-Plan gleichzeitig zu ignorieren. Ben Gurion konnte erklären, die Grenzen des jüdischen Staates würden *«durch Gewalt entschieden, nicht durch die Teilungsresolution»*. Gleiches galt für das Schicksal der dort lebenden Araber.

Die auf beiden Seiten blutigen und verlustreichen Ereignisse der Jahre 1948/49 galten und gelten in Israel immer noch als ein Akt der nationalen Notwehr im Kampf ums Überleben, als der winzige, neugeborene Staat von der übermächtigen Militärmaschinerie der arabischen Streitkräfte wie durch ein Wunder nicht erdrückt worden sei.

Die neuere historische Forschung hat indes ergeben, dass diese zionistische Version des Krieges nicht der Wirklichkeit entspricht. Einzig in den ersten Kriegswochen sah sich Israel an verschiedenen Fronten bedroht, was für die zeitgenössische Wahrnehmung und spätere Erinnerung an den Krieg bestimmend werden sollte. Die objektiven Daten sprachen indessen schon bei Kriegsausbruch eindeutig für Israel. Die jüdische Gemeinschaft war zwar nur halb

so gross wie die palästinensische, doch viel besser organisiert, bewaffnet und auf einen Krieg vorbereitet.

Selbst Ben Gurion räumte ein, dass der Sieg nicht so sehr der Heldenhaftigkeit der besser ausgerüsteten und ausgebildeten israelischen Streitkräfte an sich zu verdanken war, sondern eher eine Folge der Korruptiertheit und Inkompetenz der arabischen Armeen sowie der Uneinigkeit der arabischen Welt gewesen sei. Trotz dieser in kleinem Kreis gemachten realistischen Einschätzung des Gegners schürte Ben Gurion in der Öffentlichkeit die Bedrohungs- und Existenzängste seiner Bevölkerung und verkündete unablässig, dass Israel von einem «zweiten Holocaust» bedroht sei. Er konnte sich dabei auf die grossmäuligen Ankündigungen arabischer Politiker berufen, die in grotesker Missachtung der wahren Machtverhältnisse davon sprachen, mit den «zionistischen Banden» rasch fertig zu werden und die „Juden ins Meer zu werfen“.

Die militärischen Erfolge bewirkten eine euphorische Stimmung, und die israelische Armee erhielt Anweisungen, sie soll selbst eine Besetzung des Westjordanlandes, der Golanhöhen und des Südlibanons in Betracht ziehen.

Die Realisierung dieser Ziele sollte durch spätere Kriege erreicht werden.

Im Krieg von 1948 schritt erst mal das, was der kritische israelische Historiker Ilan Pappé «*die ethnische Säuberung Palästinas*» nennt, planmässig voran. Pappé hat eine Vielzahl von Quellen gesichtet, darunter Dokumente zu einer Militäroperation namens Plan Dalet, die den Schluss zulassen, dass es schon immer das Ziel der zionistischen Führung war, den jüdischen Staat von seinen arabischen Bewohnern zu säubern. Angesichts der gewonnenen militärischen Überlegenheit konnte rasch zur systematischen Umsetzung dieses Ziels geschritten werden. Die israelische Armee und jüdische Untergrundorganisationen zerstörten sämtliche Dörfer, aus denen Palästinenser fliehen mussten, so gründlich, dass die Bewohner nicht mehr zurückkehren konnten. Nicht selten wurde zur Methode politisch gewollter Massaker geschritten, um die Bewohner zu terrorisieren und zu vertreiben.

Ein solches Massaker geschah im palästinensischen Dorf Tantura an der Mittelmeerküste, dessen 1500 Einwohner von Landwirtschaft, Fischfang und Hilfsarbeiten im nahen Haifa lebten. Das für damalige Verhältnisse grosse Dorf war für die vordringende Alexandroni-Brigade laut offiziellem Kriegsbuch störend wie «eine Gräte im Hals». Jüdische Geheimdienstoffiziere hatten einer kleinen Gruppe der Notabeln von Tantura Kapitulationsbedingungen angeboten, was abgelehnt wurde aus Furcht, dass eine Kapitulation zur Vertreibung der Dorfbewohner führen würde.

Der darauf folgende Angriff auf Tantura in der Nacht des 22. Mai 1948 wurde selbst von jüdischen Soldaten als *«einer der beschämendsten Kämpfe der israelischen Armee»* bezeichnet. Nach der Einnahme des Ortes kam es, mit Hilfe eines örtlichen Kollaborateurs und gestützt auf eine vorbereitete Liste aus dem Dorfdossier, zu einer wahren Mordorgie. Hauptsächlich am Strand wurden junge wehrfähige Männer durch jüdische Soldaten und Geheimdienstoffiziere systematisch exekutiert. Einem palästinensischen Zeugen des schauerlichen Geschehens blieb in Erinnerung, dass jüdische Soldaten den Exekutionen von über 100 Personen *«mit offensichtlicher Genugtuung zugeschaut hatten»*.

Das berüchtigtste Massaker geschah in Deir Yassin, einem Hirtendorf auf einem Hügel westlich von Jerusalem. Dort zeigte sich deutlich die Systematik, die sich hinter dem Plan Dalet verbarg. Deir Yassin hatte mit der Hagana (jüdische Untergrundorganisation und Vorläuferin der israelischen Armee) in Jerusalem einen Nichtangriffspakt geschlossen, war aber dazu verurteilt, ausradiert zu werden, weil es innerhalb der Gebiete lag, die gemäss Plan Dalet für eine Säuberung vorgesehen waren.

Gemäss palästinensischen Quellen aus israelischen Militärarchiven und solchen, die auf mündlichen Berichten basieren, gab es insgesamt 32 bestätigte Massaker zwischen Ende 1947 und Anfang 1949. Möglicherweise gab es noch mindestens sechs weitere.

Es ist erwiesen, dass Israel mit dieser Vorgehensweise den Terror im grossen Rahmen erstmals im nahöstlichen Raum eingeführt hatte. Das gilt es zu bedenken, wenn der jüdische Staat - in bewusster Umkehrung des Kausalitätsprinzips – Widerstandsbewegungen wie Hizbollah und Hamas als „Terroristen“ abtut.

Ilan Pappé kritisiert die Tatsache, dass Historiker an israelischen Forschungsstätten, die privilegierten Zugang zu allen erforderlichen Unterlagen in offiziellen Militär- und Staatsarchiven hätten, sich weigern, ein vollständiges Bild des Krieges und der ethnischen Säuberungen zu liefern. Die meisten von ihnen machen sich lieber zum Sprachrohr der offiziell geltenden Ideologie: Sie werten gemäss zionistischer Geschichtsauffassung in ihren Werken die Geschehnisse von 1948 als *«Unabhängigkeitskrieg»*, glorifizieren die daran beteiligten Soldaten und Offiziere, vertuschen ihre Verbrechen und verleumden die Opfer.

Es gibt auf jüdisch-israelischer Seite kritische Stimmen, die gegen das protestieren, was Israelis den Palästinensern und anderen Arabern mit Gestapo- und SS-ähnlichen Methoden antaten. Eine solche Stimme ist der bekannte Lyriker Erich Fried, der in seinen Gedichten auf

wichtige politische Fragen im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt eingeht. Im Gedicht «Deir Yassin» sucht er eine Antwort auf die Frage, wo das vorerwähnte Massaker von zionistischen Einheiten an Zivilisten historisch einzuordnen ist. Und diesbezüglich kommt er zum Schluss, dass bei diesen Sonderkommandos ein Rollentausch stattgefunden hat, indem die früheren Opfer sich zu Mördern gewandelt hatten: *«Ich kann (...) verstehen, dass jeder Vergleich der Untaten des Zionismus mit denen des Nationalsozialismus Empörung auslösen wird. Auch in mir empört sich einiges, wenn ich solche Vergleiche ziehe. Israel hat keine Gaskammern gebaut; auch die Entstehung des Konflikts und die Zahl der bisherigen Opfer entziehen sich dem Vergleich. Aber weil viele Israelis, von einzelnen bis zu Regierungsstellen und militärischen Führungsgremien deutliche Zeichen des Übernehmens und Weitergebens von Verhaltensmustern ihrer Todfeinde von gestern zeigen, drängt sich dieser hässliche Vergleich manchmal auf (...).»*

Auch Albert Einstein, der bedeutendste jüdische Wissenschaftler des 20. Jahrhunderts, hatte die dem Zionismus inhärente Gewaltbereitschaft schon früh gezeißelt. Als Menachem Begin, Likud-Führungsperson und späterer Ministerpräsident, Ende 1948 New York besuchte, wurden er und seine politische Organisation heftig vom Physiker attackiert. Einstein verurteilte ebenso wie viele amerikanische Juden Begin, weil er einer Partei voranstehe, *„die in ihrer Organisationsform, ihren Methoden, ihrer politischen Philosophie und sozialen Anziehungskraft den nationalsozialistischen und faschistischen Parteien ähnelt“*.

Starker Tobak aus dem Munde eines prominenten Juden! Das war denn auch einer der Gründe, weshalb Einstein das Angebot ablehnte, Präsident Israels zu werden.

Durch Krieg und Terror ist Israel seinen zionistisch-nationalstaatlichen Zielen erheblich näher gekommen, als ihm die UN-Resolution 181 vom 29. November 1947 erlaubt hätte. Mit der massgeblichen territorialen Erweiterung konnte die Geschichte Palästinas bezüglich Bevölkerung und Land neu geschrieben werden. Gut 80 Prozent der 900 000 Palästinenser, deren Häuser auf dem Gebiet des neuen Staates Israel lagen, wurden vertrieben, indem man sie über die Grenzen in benachbarte arabische Staaten deportierte oder indem man sie mit Massakern terrorisierte und so zur Flucht zwang. Die Armee liess danach die Häuser dem Erdboden gleichmachen. Die Flüchtlinge in Lagern im ganzen Nahen Osten verloren ihre Häuser, ihr Land und ihr Bankvermögen in Israel an einen neuen Beamten des jüdischen Staates, den sogenannten *Custodian of Absentee Property* («Verwalter des Besitzes Abwesender»).

Nicht nur die Häuser und das Land der Flüchtlinge im Exil wurden vom Verwalter beschlagnahmt, sondern die gleiche Form der Enteignung traf auch eine stattliche Zahl von Palästinensern, die israelische Staatsbürger zweiter Klasse geworden waren. Israelische Bürokraten schufen eine neue Klassifizierung für diese und nannten sie – in einer an Orwell gemahnenden missbräuchlichen Verwendung der Sprache – «anwesende Abwesende», das heisst, sie sind in Israel anwesend, aber von ihren Häusern abwesend. Den anwesenden Abwesenden war es untersagt, jemals in ihre Dörfer zurückzukehren. Es gibt keine genauen Angaben, doch wurden von einer Million arabischer Bürger in Israel schätzungsweise 25 Prozent enteignet.

Um die Spuren palästinensischer Zivilisation zu tilgen, wurden und werden auf den Ruinen ehemaliger arabischer Dörfer nicht selten Bäume angepflanzt und parkähnliche Anlagen geschaffen.

Der Krieg von 1947/48 sollte sich als das traumatische Schlüsselereignis in den jüdisch-arabischen Beziehungen erweisen. Als Ergebnis dieser kriegerischen Auseinandersetzung errang das jüdische Volk nach zweitausendjährigem Exil und nach mehr als einem halben Jahrhundert intensiver zionistischer Besiedlung einen eigenen Staat. Die Waffenstillstandslinie von 1949 gilt bis heute als international anerkannte Grenze Israels. Die Bevölkerung Israels verdoppelte sich in den erweiterten Grenzen zwischen 1948 und 1951. Der von der UNO anerkannte Staat, welcher der Weltorganisation beitrug, war fortan eine vollendete Tatsache. Israel sollte zum Fixpunkt jüdischen Lebens auf der ganzen Welt und zu einem mächtigen politischen Faktor im Nahen Osten werden. Daran änderte nichts, dass die Araber den jüdischen Staat vorerst nicht anzuerkennen bereit waren.

Palästina war umgekehrt von der Landkarte verschwunden, von der geographischen ebenso wie von der politischen. Die Palästinenser wurden weitgehend zu einem Volk von Flüchtlingen, sie waren ihrer Heimat und jeder realistischen Hoffnung auf nationale Selbstbestimmung beraubt, scheinbar wehrlos der Unterdrückung und Diskriminierung durch Juden, aber auch durch arabische Aufnahmeländer ausgeliefert. Was für die Israelis zum «heroischen Unabhängigkeitskrieg» wurde, ist in der Kollektiverinnerung der Palästinenser unauslöschlich die «*Nakba*», die nationale Katastrophe.

Nach jüdisch-israelischen Vorstellungen hätte die Vertreibung der Palästinenser aus ihrer angestammten Heimat eigentlich das Ende der Existenz dieses Volkes sein sollen. Der als gemässigt geltende erste israelische Aussenminister Moshe Sharett meinte 1948: «*Die*

palästinensischen Flüchtlinge werden ihren Platz in der Diaspora finden. Durch natürliche Auslese werden es einige überstehen, andere nicht (...). Die Mehrheit wird sich in einen Abschaum der Menschheit verwandeln und in den ärmsten Schichten der arabischen Welt aufgehen.» Und von David Ben Gurion ist die Aussage überliefert: *«Wir müssen alles tun um sicherzustellen, dass sie [die Palästinenser] niemals zurückkehren (...). Die alten werden sterben und die jungen werden vergessen.»*

Das ist die unter den Zionisten weit verbreitete Einschätzung des Schicksals des palästinensischen Volkes, das als solches dem Untergang geweiht sei. Doch die Palästinenser taten den Israelis nicht den Gefallen, sich nach diesem Schema zu verhalten, für sie verlief die Geschichte anders. Die Palästinenser waren trotz aller erlittenen Rückschläge selbstbewusst geblieben und zeigten sich nicht bereit, alle Demütigungen widerstandslos über sich ergehen zu lassen.

In den Lagern fand sich ein vollständiger Querschnitt durch alle Schichten der palästinensischen Gesellschaft: Bauern, Schafhirten, Tagelöhner, Ärzte, Anwälte, Richter, Ingenieure, Händler, Industrielle und Beamte. Von der Bildung und Kultur her standen sie im Allgemeinen auf einem höheren Niveau als die Bevölkerung ihrer arabischen «Gast»-Länder. Sie hatten überdies aus Palästina trotz aller Streitigkeiten und blutigen Machtkämpfe auch eine besser entwickelte politische Kultur mit demokratischem Einschlag mitgebracht, als sie in den Nachbarstaaten existierte. Die grösstenteils autoritär regierten arabischen Länder sahen deshalb in den Palästinensern eine Art Bedrohung. Weil diese ausserdem die wahren Gründe für das Scheitern der arabischen Invasion kannten, stellten sie nicht nur eine schwere wirtschaftliche Bürde für ihre arabischen Aufnahmeländer dar, sondern wurden wegen ihrer Unruhe und Unzufriedenheit auch als ständiger politischer Gefahrenherd empfunden.

Doch der Hauptgrund, dass die Palästinenser nicht aus der Geschichte verschwanden, ist darin zu sehen, dass sie zu keinem Zeitpunkt bereit waren, sich mit ihrer von Israel verursachten, demütigenden Lage abzufinden. Sie hielten am Glauben fest, dass sie früher oder später in irgendeiner Form in die Heimat oder in Teile davon zurückkehren könnten. Ihre Hartnäckigkeit zeugte von einem tief verwurzelten Identitätsbewusstsein, das aus dem Unglück des Lagerdaseins und der Zerreisssproben des Exils noch gestärkt hervorging.

Die langwierige Friedenssuche

Der oft gehörte Mythos, wonach Israel immer zum Friedensschluss bereit sei, es jedoch auf arabischer Seite nie jemanden gegeben habe, mit dem man hätte Friedensgespräche führen können, setzte schon nach dem Krieg von 1948 ein. Die Araber zeigten sich indessen sehr wohl geneigt, die Existenz eines jüdischen Staates hinzunehmen. Davon zeugten die Kompromissvorschläge, die sie bei geheimen Unterredungen mit Vertretern Israels vorlegten – Unterredungen, zu denen es ungeachtet der öffentlich erklärten Weigerung der Araber, mit israelischen Repräsentanten zu sprechen, regelmässig kam. Wie so oft im Nahen Osten, stimmen Worte und Taten nicht immer überein.

Ägypten, Syrien, der Libanon und die Palästinenser bemühten sich, am Verhandlungstisch zu retten, was sie im Krieg verspielt hatten – einen palästinensischen Staat an der Seite Israels. Die Araber waren im Unterschied zu Israel auch zur Annahme des Lausanner Protokolls bereit, das im Rahmen der vom UN-Sicherheitsrat einberufenen Palästina-Versöhnungskommission zwecks Regelung des Flüchtlingsproblems ausgearbeitet worden war. Erst auf Druck der USA unterzeichnete Israel das Protokoll und nahm – zumindest formell – an der Flüchtlingskonferenz von Lausanne teil, um die am 11. Mai 1949 erfolgte Aufnahme als Mitglied der Vereinten Nationen nicht aufs Spiel zu setzen.

Die Konferenz ging ergebnislos zu Ende. Israel dachte ausschliesslich an seine eigene wirtschaftliche, demographische und militärische Konsolidierung. Ohne sich auf einen genauen Grenzverlauf festlegen zu wollen, zog der jüdische Staat dürftige Waffenstillstandsverhandlungen einer ausgewogenen und endgültigen Friedensregelung vor. Die Losung jener Zeit war: „*Ein Ruf nach Frieden ist Schwäche!*“. An dieser Grundhaltung hat sich bis heute nichts geändert.

Im November 1970 gab Moshe Dayan – der als Held verehrte Generalstabschef nach dem Sechstagekrieg von 1967 sowie spätere Diplomat und Politiker - auf die Frage nach einem möglichen Friedensabkommen mit den Palästinensern lapidar zur Antwort: „*Die einzige Friedensverhandlung ist eine Besiedlung des Landes, wir siedeln und bauen, und manchmal führen wir Krieg.*“ Bei anderer Gelegenheit meinte der gleiche Dayan vor israelischen Botschaftern, Israel müsse „*das Schwert als wichtigstes, wenn nicht einziges Instrument betrachten, um seine Moral hochzuhalten und die moralische Spannung zu erhalten. Für dieses Ziel sollte [Israel] – nein, es muss – Gefahren erfinden. (...) über allem anderen. Lasst uns auf einen neuen Krieg hoffen, (...) sodass wir unsere Probleme endlich loswerden und unseren Lebensraum erweitern.*“

Diese Aussagen sind geradezu Leitmotiv und Aktionsplan für das Handeln von ganzen Generationen israelischer Spitzenpolitiker in der militarisierten israelischen Gesellschaft geworden. Ein paar Kriegsdaten gefällig? Nach dem vorerwähnten Krieg von 1948: 1956, 1967, 1973, 1982, 1987, 2001, 2006, 2008/09, 2012, 2014.

Israels Fähigkeit, die Wünsche der Palästinenser fast total und diejenigen all seiner arabischen Nachbarn grösstenteils zu ignorieren, beruht gemäss dem international bekannten kanadischen Strategie- und Nahostexperten Gwynne Dyer auf folgenden drei strategischen Aktivposten:

1. Das israelische Monopol auf Atomwaffen mit gleich mehreren Trägersystemen, die in der Lage sind, jedes arabische Land und natürlich auch den Iran zu erreichen, während kein anderer Staat in der Weltgegend über die Kapazität atomarer Abschreckung verfügt.
2. Die überwältigende militärische Überlegenheit der konventionellen Streitkräfte Israels, die jederzeit mit Leichtigkeit die regulären Armeen aller arabischen Nachbarstaaten vernichten könnten.
3. Der unverrückbare, beinahe bedingungslose militärische und finanzielle Rückhalt des engen Bündnispartners USA.

Dyer fügt noch einen vierten Aktivposten an, für den Israel allerdings keine Schuld trifft, nämlich die schiere Armut, Inkompetenz und Uneinigkeit der arabischen Staaten in der unmittelbaren Nachbarschaft des jüdischen Staates.

Doch diese drei strategischen Aktivposten zugunsten Israels müssen nicht auf ewig in Stein gemeisselt sein. Selbst der vierte Aktivposten dürfte durch die neuesten arabischen Umwälzungen auf die Dauer relativiert werden.

Erstmals setzte nach dem Irak-Krieg von 1991 an der Konferenz von Madrid eine Entwicklung ein, die Friedensprozess genannt wurde. Dabei versuchte der syrische Präsident Hafez el-Assad auf arabischer Seite die Führungsrolle einzunehmen. Er war wohl einer der letzten grossen arabischen Nationalisten, für den nur geeinte arabische Staaten „ihre Geschicke erfüllen“ konnten. Assad war darum bemüht, eine einheitliche arabische Haltung gegenüber Israel zu erreichen. Sein Ziel war ein umfassender Frieden an allen Fronten. Er war Realist genug, zu wissen, dass arabische Sondervereinbarungen nur helfen würden, die Überlegenheit Israels fest zu zementieren.

Nach einigen Anfangserfolgen wurden die Bestrebungen des syrischen Staatschefs durch die israelisch-palästinensischen Geheimverhandlungen unterlaufen, die zum sogenannten Osloer Friedensprozess führen sollten.

Abdel Khalim Khaddam, der damalige syrische Vizepräsident, kam zum Schluss, das Osloer Abkommen sei *„das schlechteste Dokument, das die Araber seit der Teilung Palästinas von 1948 je unterzeichnet haben“*. Diese Aussage findet auf israelischer Seite ihre Entsprechung. Es war Ariel Sharon, einer der vehementesten Gegner des Friedensprozesses, der das Osloer Abkommen mit den Worten kommentierte: *„Das ist die grösste Katastrophe, die Israel je erlebte.“*

Palästinenserführer Arafat glaubte jedoch – ganz ähnlich wie 1979 Sadat - unter dem Beifall der Weltöffentlichkeit den historischen Moment von Oslo erfasst zu haben. Im Unterschied zum ägyptischen Präsidenten sollte er indessen die besetzten Gebiete nie zurückerhalten. Zwar hatte die Regierung Rabin unter dem Eindruck des zivilen Widerstandes [erste Intifada] die PLO als Vertreterin der Palästinenser anerkannt und liess mit dieser in der norwegischen Hauptstadt eine *„Erklärung von Prinzipien über palästinensische Selbstverwaltung“* aushandeln. In der Osloer Erklärung von 1993 fehlte allerdings das grundlegende Element, das den Frieden zwischen Israel und Ägypten möglich und dauerhaft gemacht hätte, nämlich die Verpflichtung zum vollständigen Rückzug Israels aus den seit 1967 besetzten Gebieten.

Während der zweiten Hälfte der Regierungszeit von Yitzhak Rabin gab es indessen einige Lichtblicke für bescheidene Lösungsansätze: Den Palästinensern wurde Teilautonomie gewährt; die Schaffung der Autonomiebehörde von 1994 war für die Palästinenser von eminenter Bedeutung, da sie nun zum ersten Mal seit 1948 auf einem Teil ihres historischen Territoriums über eine staatliche Institution verfügten. Die Teilautonomie schlug sich in der Übertragung israelischer Entscheidungsgewalt an die Zivilverwaltung (Erziehung, soziale Fragen usw.) nieder. Rabin bewilligte aber auch den Bau neuer Siedlungen und setzte sich für die Fortführung der Besetzung palästinensischen Bodens ein, denn, wie er 1990 meinte: *„frühere Führer unserer Bewegung überliessen uns die klare Botschaft, das Land Israel vom Mittelmeer bis zum Jordan für zukünftige Generationen zu behalten (...).“*

Der Osloer Friedensprozess, der mit der Prinzipienklärung von 1993 begann und mit dem Gipfeltreffen von Camp David im Jahre 2000 endete, war aus der Rückschau von Anfang an zum Scheitern verurteilt, weil die beiden Konfliktparteien unterschiedliche und letztlich unüberbrückbare Vorstellungen über die zu erreichenden Ziele hatten. Die Palästinenser

gingen davon aus, dass der Friedensprozess zu einem souveränen palästinensischen Staat im Westjordanland und im Gazastreifen mit Ostjerusalem als Hauptstadt führen würde.

Die Israelis hingegen glaubten, dass der Prozess dazu dienen werde, den Konflikt mit den Palästinensern zu beenden, wobei am Status quo nur wenig Abstriche gemacht werden sollten: Fortführung der Siedlertätigkeit im Westjordanland und im Gazastreifen, Beibehaltung von Israels Souveränität über Ostjerusalem, Verhindern einer Rückkehr palästinensischer Flüchtlinge, fortgesetzte Kontrollen über Sicherheit, Aussengrenzen, Wirtschaftsfragen sowie über Wasserressourcen. Die Bewaffnung der palästinensischen Sicherheitsdienste wurde zögerlich zugestanden, in der Erwartung, dass Arafat für Israel die Drecksarbeit verrichten und gegen Militante in der eigenen Bevölkerung, die das israelische Friedensdiktat ablehnten, vorgehen würde.

Mehr als jedes andere Ereignis hat indessen die von allen israelischen Regierungen unterstützte und forcierte Siedlertätigkeit das Klima vergiftet. Diese Kolonialisierungsbestrebungen verstießen gegen die einschlägigen Resolutionen und Bestimmungen: Zwischen 1967 und 1982 zogen 21 000 Siedler in die Westbank und in den Gazastreifen. 1990 betrug die Gesamtzahl bereits 76'000. Im Jahre 2000 – also nach sieben Jahren Osloer Friedensprozess – kletterte die Zahl auf 383'000, einschliesslich der im annektierten Ostjerusalem niedergelassenen Siedler. Die Regierung von Ehud Barak von der Arbeitspartei, die als die „liberalste“ Administration seit Rabin galt und als den Palästinensern gegenüber wohlgesinnt angesehen wurde, hatte die Westbank zehnmal so schnell kolonisiert wie die erste Likud-Regierung von Netanyahu. Mittlerweile gibt es weit über 600'000 Siedler im Westjordanland und in Ostjerusalem (der Gazastreifen mit 8000 Siedlern wurde bekanntlich 2005 von Sharon geräumt).

In Camp David bemühte sich Arafat aller widrigen Umstände zum Trotz darum, das Beste aus der verfahrenen Situation herauszuholen. Er musste Israels Existenzrecht in 78 Prozent des ehemaligen Mandatsgebietes Palästina anerkennen und er begann, in den verbliebenen 22 Prozent des Landes Stück für Stück ein autonomes, aber immerhin palästinensisches Gemeinwesen zusammenzubasteln. Was den „palästinensischen Staat“ anbelangt, stand im Friedensvorschlag von Camp David praktisch nur ein viergeteiltes, wirtschaftlich abhängiges und mit Siedlungen durchlöcherteres Gebilde zur Diskussion, etwas grösser als der Kanton Graubünden, aber mit rund 16-mal so vielen Einwohnern. Die Räumung jüdischer Siedlungen war nicht vorgesehen, und es kamen ausschliesslich israelische Sicherheitsinteressen zur

Sprache. Arafat konnte das alles nicht akzeptieren, worauf er sowohl von israelischer wie von amerikanischer Seite einseitig als „Friedensverhinderer“ abgestempelt wurde, der „kein valabler Gesprächspartner“ sein könne.

Bei den Friedensbemühungen im ägyptischen Badeort Taba im Winter 2000/2001 war im Unterschied zu „Camp David“ eine Lösung fast aller wichtigen Streitfragen in Griffweite. Die Verhandlungen der israelischen und palästinensischen Unterhändler fanden ohne ihre politischen Chefs und auch in Abwesenheit der Amerikaner statt, dafür aber im Beisein des EU-Sonderbeauftragten für den Nahen Osten. Danach würde die Gebietsregelung auf der UN-Resolution 242 aufbauen und die Grenzen vom 4. Juni 1967 (also vor Ausbruch des Sechstagekrieges) berücksichtigen. Israel würde sich aus dem Gazastreifen vollständig zurückziehen; 3–6% der Westbank, wo 50–80% der Siedler leben, würden gegen eine Gebietsentschädigung an die Palästinenser annektiert, die verbleibenden Siedlungen hingegen ausnahmslos geräumt. Gemäss Taba-Abkommen sollte Jerusalem zur Hauptstadt beider Staaten werden, wobei die jüdischen Viertel Ostjerusalems an Israel fallen würden. Die Klagemauer käme unter israelische, der Tempelberg unter palästinensische Kontrolle. Keine Einigung konnte in der Frage der Hoheitsbefugnisse über die heiligen Stätten erzielt werden. Im Bereich Sicherheit war eine Annäherung der Positionen zu verzeichnen: Man wurde sich im Prinzip über die Beibehaltung der israelischen Frühwarnsysteme entlang des Jordanlaufs einig, und palästinensischerseits wurden Rüstungsbeschränkungen für den künftigen Staat akzeptiert. Die Stationierung internationaler Friedensstreitkräfte wurde ebenfalls gutgeheissen.

Das vielschichtigste Problem blieb die Flüchtlingsfrage, aber auch in diesem heiklen Bereich gab es einige Bewegung. So räumte der damalige israelische Justizminister Yossi Beilin in einem offiziellen Dokument ein, dass die Flüchtlingsproblematik und deren gerechte Regelung für die israelisch-palästinensischen Beziehungen „von zentraler Bedeutung“ seien. Der jüdische Staat anerkannte erstmals seine Mitverantwortung für die Entstehung des Flüchtlings- und Vertriebenenproblems. Es wurden konkrete Lösungsvorschläge ausgearbeitet, die den Flüchtlingen offen stehen sollten.

Dies alles zeigt, dass in Camp David der Verhandlungsspielraum keineswegs voll ausgeschöpft wurde. Taba dürfte in groben Zügen den Weg zu einer Friedensregelung aufgezeigt haben, der für beide verfeindeten Bevölkerungen annehmbar sein könnte.

Der Durchbruch erfolgte jedoch zu spät, da der Ausgang der israelischen Parlamentswahlen bereits feststand. Die neue Regierung Sharon liess Taba aus dem politischen Diskurs fallen, schlug eine ganz andere Richtung ein und fand damit bei der ebenfalls erst seit kurzem im Amt befindlichen US-Administration unter Präsident George W. Bush entschlossene Unterstützung. Ariel Sharon führte den Wahlkampf von Anfang 2001 mit dem Slogan: „Nur Sharon bringt den Frieden.“ Damit gewann er die Wahlen, was ihm erlaubte, den palästinensischen Aufstand brutal zu niederschlagen. Dieser Missbrauch des Begriffs Frieden hinderte George W. Bush nicht, den notorischen Kriegstreiber Sharon einen „Mann des Friedens“ zu nennen. Soll da noch einer klug werden bei diesen infamen Begriffsverdrehungen!

Der saudische Friedensplan, der am Treffen der Arabischen Liga in Riad von März 2007 vorgestellt wurde, beweist, dass die arabische Welt in den vergangenen vierzig Jahren – im Unterschied zu Israel - eine gewaltige Wegstrecke in Richtung Nahostfrieden zurückgelegt hatte. Nach dem Sechstagekrieg wurden am Gipfel von Khartum von 1967 die drei berühmtesten, gegen Israel gerichteten Nein als Losung beschlossen: „Kein Frieden, keine Gespräche, keine Anerkennung“.

Der saudische Plan von 2007 beinhaltet indessen nichts weniger als eine volle Normalisierung der Beziehungen aller arabischen Länder mit Israel gegen die Räumung sämtlicher seit 1967 besetzten Territorien. Bereits im Jahre 2002 hatte der saudische König Abdallah beim arabischen Gipfeltreffen in Beirut den nach ihm benannten Friedensplan präsentiert. Doch damals war die zweite palästinensische Intifada noch in vollem Gange und der jüdische Staat wurde in jenen Tagen von einer Serie blutiger Selbstmordattentate aufgewühlt.

Von Seiten Israels wurden der saudische Friedensplan und andere Lösungsvorschläge ignoriert. Heute demontiert Israel auch den stets friedensbereiten Palästinenserpräsidenten Mahmud Abbas, der nach gehabtem Muster „kein valabler Gesprächspartner“ sei, besonders seit er Mitte dieses Jahres als Folge der einmal mehr an Israel gescheiterten amerikanischen Friedensbemühungen in die Bildung einer von Technokraten geführten Einheitsregierung zwischen der Hamas und der PLO einwilligte. Das Paktieren mit den „Hamas-Terroristen“ nahm Israel zum Anlass, um den verheerenden Gaza-Krieg von Juli/August 2014 loszutreten, mit 2200 palästinensischen Opfern, darunter über 500 Kindern, rund 18'000 zerstörten Häusern und Wohnungen sowie 100'000 obdachlosen Menschen gegenüber 77 israelischen Toten, grösstenteils Soldaten.

Dennoch entblödete sich der israelische Botschafter in den USA nicht lauthals zu verkünden, dass die Streitkräfte seines Landes für ihre Zurückhaltung und humanitäre Vorgehensweise *„den Friedensnobelpreis erhalten sollten“*. Verkehrte Welt!

Ich bleibe bei meiner These: An einer einvernehmlichen Friedenslösung mit den alteingesessenen Palästinensern, welche die Interessen *b e i d e r* Seiten berücksichtigt, ist Israel trotz aller Lippenbekenntnisse und Friedensbeteuerungen nicht interessiert, denn sie würde die Siedlungspolitik zwecks Dominanz von ganz Palästina beeinträchtigen, wenn nicht gar rückgängig machen, was wiederum den innerisraelischen Verwerfungen Auftrieb geben und möglicherweise zu bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen führen könnte. Das gilt es gemäss dem herrschenden Dogma von Einheit, Versöhnung und „Liebe zu Israel“ unter allen Umständen zu vermeiden.

Mit dem eigenmächtigen israelischen Vorgehen werden die Grüne Grenze von 1967 und die palästinensische Eigenstaatlichkeit von den Karten gelöscht. Dies gilt es zu bedenken, wenn sich Israel bitterlich darüber beklagt, dass es auf arabischen Karten und in palästinensischen Lehrbüchern nicht als solches eingezeichnet ist. Einen nicht unwesentlichen Unterschied gibt es alleweil: Die Palästinenser hängen ihren teilweise unrealistischen Vorstellungen auf dem Papier nach, während die Israelis das Gewaltmonopol haben, um ihre zionistischen Visionen auf dem Terrain in die Tat umzusetzen.

Die Arabistin und Islamwissenschaftlerin Petra Wild spricht vom zionistischen Siedlerkolonialismus, zu dem in seinen verschiedenen Ausdrucksformen Apartheid, ethnische Säuberung und sogar schleichender Genozid gehören.

Das Verständnis von Genozid wurde in der westlichen Welt über Jahrzehnte primär durch den Holocaust geprägt, dessen Monstrosität es für lange Zeit erschwerte, andere Völkermorde als solche wahrzunehmen. Das hat sich erst in den letzten zwei Jahrzehnten geändert, indem von Genozidforschern der Siedlerkolonialismus als inhärent genozidal betrachtet wird.

Da Israel jederzeit mit der Unterstützung der USA rechnen kann und von der übrigen westlichen Welt nur unwesentlich behindert wird, genügt es, wenn es den systematischen Charakter seiner Politik zur Zerstörung der palästinensischen Gesellschaft verschleiert und Massaker nur in wohldosierter Form durchführt, um damit durchzukommen. Petra Wild zitiert Jonathan Cook in *„Disappearing Palestine“*: *„Solange israelische Gewalttaten als spontan, unsystematisch, und mit Sicherheitsbedürfnissen verbunden dargestellt werden können, wird*

die internationale Gesellschaft ein Auge zudrücken, (...) solange Israel sicherstellt, dass Politizid - ein fortgesetzter schleichender Zermürbungskrieg gegen das palästinensische öffentliche und private Leben – nicht zu sehr aussieht wie die weitverbreitete Auffassung von Genozid – Konzentrationslager und Blutbäder -, wird Israel in der Lage sein, seine Politik ungehindert durchzusetzen.“

Der gegenwärtige Ministerpräsident Netanyahu ist geradezu ein Meister im Verfolgen dieser Politik, die es erlaubt, die heiklen Fragen eines echten Friedensschlusses (definitive Grenzziehung, Status von Ostjerusalem, Regelung des Flüchtlingsproblems etc.) oder gar die Proklamation eines lebensfähigen Palästinenserstaates zu verhindern, von der die internationale Staatengemeinschaft ausgeht.

Das Verhältnis Schweiz- Israel

Den Zionismus verband von Anfang an einiges mit der Schweiz und vor allem mit Basel. So machte Theodor Herzl den Zionismus, der bis dahin eine Bewegung unterschiedlicher Stimmen und Ideologien war, mit der Durchführung des ersten Zionistenkongresses im Jahr 1897 in Basel zu einer Organisation mit Weltgeltung. Und schliesslich war der Zionistenkongress in Basel von 1946 der letzte zionistische Kongress ausserhalb Israels. An diesem wurden die Grundlagen des späteren Staates Israel gelegt. Man kann also ohne weiteres sagen, dass das Werden Israels unzertrennlich mit der Schweiz und Basel verbunden ist.

Bis zum Sechstagekrieg von 1967 herrschte in unserem Land grosse Sympathie, ja Begeisterung für Israel, die vor allem auf der menschlichen Neigung beruhte, automatisch für den Schwächeren Partei zu ergreifen, für David gegen Goliath eben. Man konnte mit dem kleinen israelischen Staat mitfühlen, der gegen eine militärische Übermacht für eine anscheinend gerechte Sache focht. Der Kleinstaat Schweiz identifizierte sich mit dem wehrhaften Kleinstaat im Nahen Osten. „Un petit pays aide un petit pays“ dwar ein weit verbreiteter Slogan.

Die israelische Armee erhielt bei unseren eigenen militärischen Planern geradezu die Weihe von Vorbildcharakter, weil sie aufzeigte, wie einem überlegenen Gegner erfolgreich Widerstand geleistet werden konnte. In jener Zeit des Kalten Krieges, als das Böse ohnehin aus dem Osten kam, sah man keine Veranlassung, diese Lagebeurteilung in Frage zu stellen. Für den von der Sowjetunion unterstützten Goliath, die arabischen Staaten, hätte man sowieso nur Sympathie empfinden können, wenn er dem (scheinbar) Schwächeren mit Grosszügigkeit

und Noblesse entgegengekommen wäre. Dieser unserer Vorstellung konnte und wollte die arabische Staatenwelt damals nicht entsprechen.

Wegen der seit 1967 andauernden Siedlungs- und Besatzungspolitik auf Kosten der Palästinenser hat das anfänglich äusserst positive Image Israels in der Schweiz immer mehr gelitten. Von jüdisch-israelischer Seite wird dieser Sachverhalt mit erneut wachsendem Antisemitismus und mit pro-palästinensischer Voreingenommenheit erklärt. In Wirklichkeit nimmt die Kritik an der israelischen Regierungspolitik zu, und es dringt immer mehr ins öffentliche Bewusstsein, dass ohne gebührende Berücksichtigung palästinensischer Anliegen ein tragfähiger Frieden nicht machbar sei.

Diesem Aspekt trug die frühere Aussenministerin Micheline Calmy-Rey Rechnung. Für die engagierte Bundesrätin war beispielsweise die von der internationalen Gemeinschaft weitgehend geächtete Hamas ein Faktor, den man bei der Lösung des Konflikts im Nahen Osten nicht ignorieren könne. Das offizielle Israel legte indes - besonders nach der 2003 lancierten „Genfer Friedens-Initiative“ - jede Äusserung und Handlung Berns zum Nahostkonflikt auf die Goldwaage und stellt sie rasch als Einmischung in die inneren Angelegenheiten, als Kumpanei mit Terroristen sowie als Neutralitätsverletzung dar.

Der gegenwärtige Aussenminister, Bundespräsident Didier Burkhalter, gibt sich seinem Naturell entsprechend zurückhaltender als seine Amtsvorgängerin und sucht das gestörte Verhältnis zu Israel zu normalisieren. Nach langen Jahren fand wieder einmal ein israelischer Aussenministerbesuch statt (Avigdor Lieberman in Bern). Das hat ihn nicht gehindert, die Kontakte zur Hamas ebenfalls beizubehalten. Und die aus Technokraten gebildete Einheitsregierung von PLO und Hamas von Juni 2014 wurde von der Schweiz anerkannt, sehr zum Ärger Jerusalems.

Dass es in unserer jetzigen Regierung unterschiedliche Auffassungen zum Endlos-Konflikt gibt, davon zeugt die Haltung von Verteidigungsminister Ueli Maurer, die er in einem Antwortschreiben vom August 2013 auf mein Buchgeschenk darlegte. Dessen teilweisen Inhalt möchte ich Ihnen nicht vorenthalten:

„Sehr geehrter Herr Dr. Wyss

Vielen Dank für Ihren Brief, für Ihr Buch und für die Korrespondenzkopien.

Es ist zu begrüßen, wenn unsere verdienten Botschafter ihre Erinnerungen veröffentlichen, und es gehört zu unserer Schweizer Tradition, dass sie die Feder mit der traditionellen Freimütigkeit führen. Dasselbe helvetische Erbe beanspruche nun allerdings auch ich, wenn ich Sie an einige Dinge erinnere, die das von Ihnen skizzierte Bild ein wenig stören mögen. 'Wir haben nur dieses Land' gilt nämlich auch für uns Schweizer und da stelle ich ganz sachlich fest, dass die so genannte ‚Volksfront für die Befreiung Palästinas‘ 1969 unseren Heimatboden für einen ersten Terroranschlag in Kloten missbraucht hat, ein Jahr danach ein Schweizer Flugzeug zum Absturz gebracht hat und ein zweites entführt und zerstört. (...)

Es ist dem Schweizervolk erlaubt, sich an verbrecherische Akte der erwähnten Art, zu deren Aufklärung aus dem Umfeld der Täter nichts Erhebliches beigetragen worden ist, zu erinnern und nicht zu vergessen, dass wir von Israel niemals vergleichbare Untaten erfahren haben. Mit Israel unterhalten wir vielmehr gute bilaterale Beziehungen im gegenseitigen Interesse.

Gewiss: Zu unserem Erbe gehört die Neutralität, gehört mit ihr die Disponibilität. Das heisst nun aber gerade nicht, wie Sie es leider tun, die Israeli als ‚Tätervolk‘ zu brandmarken, ein ganzes Volk und umgekehrt die Palästinenser als ‚Opfervolk‘! Das Umgekehrte wäre genauso falsch!

Richtig ist und bleibt in meinen Augen ein aufmerksames, menschlich Anteilnehmendes Beobachten der Entwicklungen, ein konsequentes humanitäres Engagement, eine faire, ausgewogene, im guten Wortsinn neutrale Disponibilität! Damit dienen wir Israelis und Palästinensern besser als durch eine Parteinahme, die von einer der beiden Seiten von Anfang an nicht angenommen werden kann, wenn sie sich nicht aufgeben will.

Mit allen guten Wünschen für persönliches Wohlergehen und mit freundlichen Grüßen

Ueli Maurer

Bundespräsident“

Dazu sei folgender Kommentar erlaubt: Es stimmt natürlich, dass es palästinensische Terror-Akte gegen die Schweiz gab, wie gegen andere europäische Staaten, die Israel bedingungslos unterstützt hatten. Ueli Maurers Schweiz, das Musterland mit seiner freiheitlich-humanitären Tradition, benutzt die Neutralität indessen dazu, bei der Beurteilung des eindeutigen Rechtsbrechers Israel unter völliger Ausschaltung des Kausalitätsprinzips Ursache und Wirkung ziemlich verlogene „Ausgewogenheit“ zu gewähren. Wie seinerzeit im Falle des Apartheidregimes Südafrikas unterstützen Schweizer Behörden und Wirtschaftskreise ein teilweise faschistoides Regime, das bei andauernden offensichtlichen Völkerrechtsverletzungen mit Samthandschuhen angefasst wird. Muss die Schweiz mit Israel

regelmässig Rüstungsgeschäfte abwickeln, was neutralitätspolitisch bedenklich ist bei einem Staat, der im Spannungsgebiet Nahost dauernd in kriegerische Auseinandersetzungen verwickelt ist?

Ich konnte nicht anders als Verteidigungsminister Maurer in diesem Sinne erneut meine Meinung darzulegen. Eine Antwort darauf ist – wie kaum anders zu erwarten – ausgeblieben.

Dass es auch anders geht, beweist der kürzliche Gang des IKRK an die Öffentlichkeit. Die scharfe Kritik Israels durch dessen Präsidenten Peter Maurer deutet offenkundig auf eine Wende der Genfer Institution hin. Eintagsfliege oder prinzipielle Aufgabe der Leisetreteri im Palästina-Konflikt? Die Zukunft wird es zeigen. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz gibt damit fürs erste seine traditionelle Politik der stillen Diplomatie auf, weil es ihm nicht gelungen sei, mit den zuständigen israelischen Behörden einen „ernsthaften Dialog“ über die Siedlungspolitik, die Folgen der Sperranlage und die Situation in Ost-Jerusalem zu führen. Dies nach beinahe fünf Jahrzehnten der Überprüfung des Einhaltens der Genfer Konvention, worin die Mission des IKRK primär besteht – eine frustrierende Tätigkeit! Israelische Verfehlungen sind übrigens nicht nur vom IKRK, sondern auch von der offiziellen Schweiz als Depositärstaat der Genfer Konventionen immer wieder vergebens angemahnt worden.

Ich komme zum Schluss. In der Schweiz, aber auf westlicher Seite überhaupt, fehlt bei allen Rufen nach einer nachhaltigen politischen Regelung des Nahostproblems weitgehend der nötige Druck auf Israel. Solange man von Gerechtigkeit spricht und die Bevorzugung Israels meint, solange muss sich das blutige Szenario immer wieder von neuem abspielen. Die Militärmaschinerie des jüdischen Staates schlägt von Zeit zu Zeit das als bedrohlich empfundene palästinensische und arabische Gegenüber mitsamt seiner Bevölkerungsbasis in die Unterwerfung und schafft eine trügerische Ruhe, womit die Israelis als wahre Verdrängungskünstler des Palästinenser-Dramas durchaus leben können. Die vom Westen vorgegebene Gerechtigkeit bei gleichzeitiger Tolerierung dieser Abläufe ist das, was 2009 der inzwischen verstorbene Nahostkenner Victor Koher als „den grossen Schwindel“ auf Kosten der Palästinenser bezeichnet hatte.

Nach der kürzlichen dritten Aggression gegen die Bevölkerung von Gaza innerhalb der letzten sechs Jahre präsentiert sich Israel, die selbsternannte „*einzigste Demokratie des Nahen Ostens*“ mit der „*moralischsten Armee der Welt*“, im Schatten der Gräueltaten von Daesh

(arabische Abkürzung für das Gebilde „Islamischer Staat“, IS) bereits wieder als Staat, der für die fortschrittlichen Werte der westlichen Zivilisation einsteht. Dank IS lässt sich genüsslich von kolonialistischer Besatzung, Landraub und Vertreibung in Palästina ablenken.